

Es schreibt Ihnen

Markus Witt
Vorstandsmitglied
Ansprechpartner Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0177 235 68 21
witt@vafk.de

Pressemitteilung

Berlin, den 07.09.17

Parteien haben keine Konzepte zur Entlastung von Trennungskindern

Auswertung der familienpolitischen Wahlprüfsteine offenbart verkürzten Blickwinkel und weitgehende Konzeptlosigkeit der Parteien für Trennungskinder

Jährlich 200.000 Kinder sind in Deutschland von der Trennung ihrer Eltern betroffen. Wie schützt man sie vor Armut, wie vor dem Streit ihrer Eltern? Zu diesen und weiteren Fragen des Väteraufbruch für Kinder e.V. (VAFK) wurden die Parteien befragt. Gerade für Kinder in strittigen Elterntrennungen verheißen die Antworten nichts Gutes.

Für einige seiner Kernforderungen sieht der Verein zumindest bei einer Partei sehr positive Entwicklungen. Die FDP bekennt sich als einzige Partei klar und deutlich zum gemeinsamen Sorgerecht ab Vaterschaftsanerkennung und zur Doppelresidenz als Regelfall, in der die Kinder im Idealfall zu gleichen Zeitanteilen bei beiden Eltern leben. Damit ist sie aus Sicht des Vereins bisher die einzige Partei, die sich der Lebenswirklichkeit heutiger Familien stellt, in der die überwiegende Zahl der Mütter und Väter eine gemeinsame Elternverantwortung wahrnehmen wollen, auch nach einer Trennung.

Schwierig ist es jedoch in strittigen Fällen. Erst kürzlich antwortete der ehemalige Familienrichter Jürgen Rudolph auf die Frage, ob es denn nicht auch ohne Rosenkrieg gehen würde in einem [Interview](#)ⁱ: „Nein, das ist in Deutschland fast unmöglich“. In deutschen Familienrecht existieren noch immer zu viele dem Kindeswohl entgegenstehende Anreize, keine Partei ist aber bisher bereit, daran etwas zu ändern. Selbst Bundesfamilienministerin Katarina Barley (SPD) gesteht in einem aktuellen Spiegel-Interviewⁱⁱ ein: „Getrennte Paare lässt der Staat allein“. Dabei sind es nicht nur die Paare, sondern vor allem auch deren Kinder.

„Für belastete Kinder getrennter, (hoch)strittiger Eltern hat keine Partei auch nur ansatzweise ein tragfähiges Konzept, wie Kinder entlastet oder aber Streit vermindert werden soll. Die Änderung der größten, häufig sogar durch die bestehende Gesetzeslage vorgegebenen Streitpunkte, hat keine Partei im Programm“ kritisiert Markus Witt, Vorstandsmitglied des VAfK Berlin-Brandenburg.

Witt erklärt, wo das Problem liegt: „Alle Parteien setzen auf die Freiwilligkeit und Vernunft der Eltern. Nur was tun, wenn es an dieser fehlt, wenn gerade der Streit aufgrund von Fehlanreizen im bestehenden System zum „Sieg“ im Kampf gegen den Ex-Partner führt? Genau dann brauchen wir Lösungen, muss der Staat zum Schutze der Kinder eingreifen. Er tut es aber bisher nicht. Die Antworten der Parteien sind für uns trotz einzelner Lichtblicke der FDP eine herbe Enttäuschung und offenbaren ein mangelndes Problembewusstsein.“

Der Verein hat hierfür kein Verständnis und fordert die Parteien auf, zu diesen Themen in den Dialog einzutreten, da der Verein aus seiner mittlerweile fast 30-jährigen ehrenamtlichen Beratungstätigkeit umfangreiche Erfahrungen gerade mit schwierigen Trennungsverläufen hat. Umgangsverhinderung, Eltern-Kind-Entfremdung, die Kinder belastender Streit als prozesstaktisches Mittel?

In anderen Ländern meist Fremdworte, da dort zum Schutze der Kinder entschieden durchgegriffen wird, es sich teilweise sogar um Straftaten handelt. Deutschland ist in diesen Punkten ein Entwicklungsland. Die Antworten der Parteien lassen befürchten, dass dies noch eine Weile so bleiben könnte.

Andere Länder haben für solche Fälle seit Jahrzehnten entsprechende Konzepte und haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat in ihrer Resolution 2079(2015) die Einführung der Cochemer Praxis als deeskalierendes Modell, die Doppelresidenz und das gemeinsame Sorgerecht ab Geburt für alle 47 Mitgliedsstaaten einstimmig gefordert. Deutschland hat die Umsetzung der Resolution bisher abgelehnt.

„Wer es mit dem Kindeswohl ernst meint darf nicht wegschauen, wenn Kinder am meisten belastet werden“ meint Witt. Es ist an der Zeit, dass endlich gehandelt wird.

Die Antworten der Parteien zu den 20 Fragen der Wahlprüfsteine sowie die Bewertung des VAfK sind auf der [Homepage des Bundesvereins](#)ⁱⁱⁱ nachzulesen.

Weitere Informationen:

- Väteraufbruch für Kinder Berlin-Brandenburg e.V.e.V.: www.berlin.vafk.de
Der Väteraufbruch für Kinder Landesverein Berlin-Brandenburg e.V. ist mit knapp 300 Mitgliedern einer der größten Landesvereine des bundesweit vertretene Interessenverbands für Väter-, Kinder- und Familienrechte. Neben der ehrenamtlichen Selbsthilfe- und Beratungsarbeit vor Ort setzt sich der Verein auf Politisch dafür ein, den Kindern nach einer Trennung den Kontakt zu beiden Eltern zu erhalten.

Kontakt:

- Markus Witt
Vorstandsmitglied, Ressort Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
witt@vafk.de, 0177 - 2 35 68 21

i [Berliner Morgenpost vom 19.08.2017](#) "Man muss schnellstens intervenieren, damit der Konflikt nicht eskaliert"
ii Der Spiegel 36/2017 im Artikel „Zahlen, bitte!“ zum Thema Gleichstellung von Vätern nach einer Trennung
iii <https://www.vaeteraufbruch.de/index.php?id=2271>